

## DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 30. JG. 4 | 2017

### Frieden als politisches Deutungsmuster sozialer Bewegungen in Ostmitteleuropa

Helmut Fehr

Frieden gehörte während des Kalten Krieges lange Zeit zum Sprachgebrauch der Eliten. Bis in die siebziger Jahre waren Zeitungsleser daran gewöhnt, Frieden als Slogan der Außenpolitik zu betrachten. Nach der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki 1975 veränderte sich die Lage. Außer Bürger- und Menschenrechten wurde auch Frieden als Schlüsselwort »von unten« wahrgenommen. Das war auf die öffentliche Resonanz der KSZE-Dokumente zurückzuführen, aber auch auf friedenspolitische Auseinandersetzungen, die in den westdeutschen evangelischen Kirchen eine eigene Tradition aufwiesen. Seit Anfang der achtziger Jahre traten auch in den »real-sozialistischen« Ländern Gruppen an die Öffentlichkeit, die Frieden als politisches Deutungsmuster zuspitzten<sup>1</sup>: In der DDR spielten die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und informelle Gruppen im Umfeld der evangelischen Kirchen eine integrierende Rolle.

In Polen brachten Ende der achtziger Jahre die Gruppen »Freiheit und Frieden« (WiP) und die »Orangene Alternative« Frieden als politisches Thema in die (Gegen-) Öffentlichkeit. In der Tschechoslowakei bildeten sich außerhalb der Charta 77 unabhängige Friedensinitiativen, die auch zu den Akteuren der samtenen Revolution von 1989 zählten. In Ungarn wurden seit 1982 Zirkel von Wehrdienstverweigerern aktiv, die neben politisch engagierten Intellek-

tuellen das Friedensthema aufgriffen; vor allem auf dem Hintergrund der Proteste gegen Raketenstationierungen in West- und Ost-Europa. Damit sind bereits Fragen nach Kontexten der Friedensbewegung in Ostmitteleuropa genannt, die ich in meinem Beitrag genauer untersuchen werde.<sup>2</sup>

Meine Überlegungen gehen davon aus, dass Friedensinitiativen außerhalb der Dissidentenbewegungen entstanden und ihre Ideen lange Zeit in der unabhängigen Öffentlichkeit<sup>3</sup> und in der demokratischen Opposition unter Vorbehalten standen, wie zum Beispiel Pazifismus als »Ideologie« gedeutet wurde. Im Folgenden gehe ich zunächst auf innerpolnische Entwicklungen ein, bevor ich die Debatten über das Friedensthema in der CSSR, Ungarn und der DDR beleuchte. Schließlich diskutiere ich unter vergleichenden Gesichtspunkten die Rolle von Friedensinitiativen als soziale Bewegungen in der Spätphase des »Real-Sozialismus«.

#### 1| Von Solidarność zu pazifistischen Bewegungen

Im politischen Denken der Solidarność-Akteure spielten Gewaltlosigkeit und Toleranz eine entscheidende Rolle, eng verbunden mit Menschen- und Bürgerrechten als Maßstäbe für eine aufzubauende Zivilgesellschaft. Diese Wertorientierungen gründeten auf kollektiven Lernprozessen von Intellektuellen und Arbeitern während der siebziger Jahre: »Revolutionäres Handeln« wurde nach den Erfahrungen

des Scheiterns der Studentenproteste von 1968, des »Revisionismus« und der Dezember-Streiks an der Ostseeküste von 1970 kritisch reflektiert. Frieden spielte (noch) keine Rolle als politische Rahmendeutung der unabhängigen Gewerkschaft, deren Akteure vielmehr ökonomische und gesellschaftliche Reformen einforderten. Dazu zählten (über-)betriebliche Selbstverwaltung und Ansätze für eine selbstverwaltete Republik, die mit dem Aufbau einer Bürgergesellschaft einhergehen sollten. »Frieden« wurde vor allem außenpolitisch gedeutet und in der Solidarność nur in zwei sich ergänzenden Bedeutungen als Schlüsselwort thematisiert: Einmal in der außenpolitischen Perspektive einer möglichen »Finnlandisierung« Polens (Mackenbach 1982). Daneben wurde Frieden in der Gründungserklärung der Klubs für eine selbstverwaltete Republik »Freiheit-Gleichheit-Unabhängigkeit« im Herbst 1981 angesprochen: »In Mitteleuropa, wozu auch Polen gehört, arbeiten wir auf eine Demilitarisierung hin und streben nach Weltfrieden« (Büscher 1983: 255). Die Einführung des »Kriegsrechts« vom 13. Dezember 1981 und Erfahrungen der Untergrundtätigkeit veränderten nicht die Auffassungen über Gewaltlosigkeit und »Frieden« in den Selbstverständigungsdebatten der Gewerkschafter. Auch noch in einer der ersten offiziellen Erklärungen des Bürgerkomitees Solidarność vom 24. April 1989 nach den Runden-Tisch-Verhandlungen zwischen Macht- und Gegenseiten über politische Reformen wird »Frieden« lediglich als Rahmen für die Außenpolitik in Europa und der »Welt« erwähnt (Straz 2006: 353).

Durchgängig ist in den Debatten der polnischen Opposition eine Skepsis gegenüber »Pazifismus« zu finden. Mit Blick auf die westlichen Forderungen nach Entspannung, standen Friedensbewegungen sogar unter Verdacht, kontraproduktiv auf die Anliegen der Opposition zu wirken. So resümierte Jan Józef Lipski, einer der KOR-Gründer und

Solidarność-Berater: »Wir Polen haben häufig Angst, wenn wir vom 'weltweiten Wunsch nach Entspannung' hören, wie sie das formulieren. Warum? Weil dies nur allzu häufig das Einverständnis mit der ewigen Unfreiheit bedeutet« (Lipski 1998: 250). Auch die folgenden Diskussionsbemerkungen Geremeks, eines Meinungsführers der Solidarność, während eines Seminars der Gruppe Wolność i Pokój (WiP, Freiheit und Frieden«) im Mai 1987 zum Verhältnis Menschenrechte und Frieden, veranschaulichen die Ambivalenzen der Problemwahrnehmung, die in pauschaler Kritik gipfelten:

*»In der Friedensbewegung des letzten Jahrzehnts haben sicherlich authentische Bestrebungen nach Frieden und Auflösung der atomaren Konfrontation ihren Ausdruck gefunden, doch die Sonderung der Friedensfrage von Fragen der Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit, von grundlegenden Werten der europäischen Tradition, ließ die Bewegung zum Gegenstand des politischen Missbrauchs und der Manipulation werden.« (Geremek 1989: 66)*

Und W. Bartoszewski, ein katholischer Intellektueller, kritisierte das angeblich »einseitige« Interesse der überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Friedensbewegung für die »Dritte Welt«, das im Gegensatz zum geringen Interesse an der Lage der polnischen Solidarność und der litauischen Katholiken stehe. (Bartoszewski 1986: 339)

Der Verdacht, dass die westeuropäischen Friedensinitiativen Fragen nach Demokratie und Gerechtigkeit zugunsten des Vorrangs von »Pazifismus« ausblendeten, wurde von Akteuren der Orangenen Alternative (Pomorączowa alternatywa) nicht erhoben. Dies hing aber weniger mit politischen Handlungsorientierungen, als vielmehr mit dem Herkunftsmilieu der Akteurinnen zusammen. Die Orangene Alternative war im Verlauf der

achtziger Jahre in Breslau und anderen Städten Polens als gegenkulturell orientierte Bewegung entstanden, deren Träger (mit Ausnahme des ironisch sich selbst als «Major» deklarierenden Gründers Fydrych) aus der Jugendszene stammten. Sie wählten eine Kampagnenstrategie, die auf der Verbindung von Happenings und exemplarischen Aktionen im städtischen Raum basierte und in symbolischen Herausforderungen gegenüber dem kommunistischen Regime gipfelte («Revolution der Zwerge» u. a. m.). Spontaner und »situativer« Protest gegenüber militarisierten Dimensionen im Alltagsleben standen im Mittelpunkt. Darin zeigten sich Gemeinsamkeiten mit neuen sozialen Bewegungen in Westeuropa. Zugleich spielten für die politischen Losungen pazifistische Termini eine zentrale Rolle, etwa mit Anspielungen auf Rituale der offiziellen Öffentlichkeit, wie zum Beispiel dem »Tag des Kriegsbeginns 1. September« – »Tag des Friedens« 1.9.1987 (Fydrych/Misztal 2008). Im Handlungsrepertoire unterschied sich die orangene Alternative von der anderen unabhängigen Bewegung, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in städtischen Milieus jugendlicher Altersgruppen Anhänger mobilisierte: WiP (Freiheit und Frieden).

Die Akteure von WiP rekrutierten sich aus persönlichen und politischen Netzwerken jüngerer Altersgruppen, die teilweise antimilitaristischen Orientierungen, einem anarchistischen Lebensgefühl (das betraf vor allem die Anhänger in Rzeszów) oder auch religiösen Orientierungen folgten (Modzelewski 1996: 13-28, 52 f.). Gruppen existierten in Warschau und Krakau<sup>4</sup>, aber auch in Rzeszów, der Vorkarpaten-Region, Łódz, Danzig, Posen und Stettin (Ozaga (Online-Zugriff: 9.10.13)). WiP strebte zunächst eine Verbindung von politischen Orientierungen an, die im Sprachgebrauch der »Solidarität der Intelligenz« – der wichtigsten Gruppe in der Runder-Tisch-Sondierungsphase – nicht mehr im Mittel-

punkt standen oder nur (noch) am Rand bemüht wurden: antikommunistische Slogans und »Frieden«, punktuell auch ökologische Fragen. Einzelne Mitglieder legten, neben »Freiheit«, den Friedensbegriff als Symbol einer antikommunistischen Einstellung aus. Eine »antikommunistische« ebenso wie eine »antitotalitaristische« Ausrichtung stellte in diesem Zusammenhang einen Verweis dar, auf eine zu etablierende »antikommunistische Bewegung«, die sich gegen das kommunistische Regime zu richten habe, das das Kriegrecht innerhalb Polens einzuführen suchte. Im rückblickenden Urteil des WiP-Gründungsmitglieds Jan Maria Rokita über die Phase vor 1989 relativierte sich auf diese Weise die pazifistische Orientierung der Opposition, die sich primär gegen die russische Besatzung Afghanistans wandte und für die Aufnahme von Kontakten mit Netzwerken der afghanischen Opposition einsetzte (Karnowski/Zaręmba 2004: 85). Somit stellten die grenzübergreifenden Bezüge im Fall von Rokita aber auch anderer Gruppen lediglich eine nach außen transportierte antikommunistische Grundeinstellung dar. Man war für Mossud, den Anführer der afghanischen Opposition gegen die sowjetischen Truppen, weil der den gemeinsamen Gegner in Afghanistan bekämpfte (Karnowski/Zaremba 2004: 85-88), während umfassendere pazifistische Grundeinstellungen Akteuren wie Rokita suspekt waren (Karnowski/Zaremba 2004: 88).

WiP stellte somit keine pazifistische Bewegung im engeren Sinne dar, wies allerdings Parallelen zum Handlungsrepertoire neuer sozialer Bewegungen auf (Modzelewski 1996: 15 f.). Przemysław Czaputowicz, ein weiterer Akteur aus der Gründungsphase von WiP, betonte später, neben antitotalitären Orientierungen seien auch solche pazifistischen Einstellungen gewählt worden, die mit einer Öffnung gegenüber Ideen aus der westeuropäischen Debatte verbunden schienen. So wurde in der Zeitschrift »Czas przyszły« (»Zukunft«) ein

Aufsatz des SPD-Abgeordneten Karsten Voigt über Friedensfragen abgedruckt (Czas przyszły: 1988). Außerdem nahmen Mitglieder von WiP Kontakt zu Initiativen in der DDR und in Großbritannien auf, unter anderem durch Teilnahme an einer Friedenskonferenz in Coventry 1987.

## 2 | Von der »Welt der Dissidenten« zu unabhängigen Friedensvereinigungen

Der polnische Historiker Bronislaw Geremek hatte in seinen Thesen über »Frieden und Menschenrechte« im Rahmen der WiP-Versammlung noch festgestellt, »dass der neue Pazifismus eine gewisse Chance hat, eine zukunftsorientierte soziale Bewegung zu werden« (Geremek 1989: 66). Dagegen fiel die Kritik Václav Havels polemisch aus, weil er auf der einen Seite Menschenrechte gefordert sah und auf der anderen Seite lediglich Utopien. Unter dem Leitwort »Friedens-Zurückhaltung« schrieb er 1985 in einem offenen Brief:

*»Die westliche Friedensbewegung hat realen Einfluss auf das Handeln der Parlamente und Regierungen. Und riskiert kein Gefängnis. Hier (in der Tschechoslowakei, in Ostmitteleuropa, H. F.) riskiert man Gefängnis. Und der Einfluss auf die Entscheidungen der Regierungen ist ... gleich Null.«* (Havel 1990: 125)

Havel stellte in seinem Aufsatz die rhetorische Frage, ob die »westlichen Friedenskämpfer nicht wieder nur weitere Utopisten sind«. Auf die Zurückhaltung eines Dissidenten in einem fiktiven Gespräch abstellend: »Die westlichen Friedenskämpfer ziehen mich in etwas hinein und fahren dann unbesorgt nach Hannover demonstrieren, und ich bleibe hier, der nächsten Zweigstelle der Geheimpolizei ausgeliefert(...)«. (Havel 1990: 135)

Havels selbstreflexive Betrachtungen des Dissidententums blendeten jedoch die Möglichkeit politischer Lernerfahrungen im

Hinblick auf die politische Rahmendeutung »Frieden« aus. Er hegte Vorbehalte gegenüber pazifistischen Bewegungen, denen er vorwarf, kein Verständnis für die Logik totalitärer Regime entwickeln zu können (Havel 1990: 96 ff.). Havel und Geremek forderten von den Friedensinitiativen, Menschen- und Bürgerrechte nicht von »Frieden« als Schlüsselwort zu trennen – eine Kritik, die sich auch in zurückhaltenden Kommentaren anderer Akteure des tschechischen Dissenses niederschlug. Jiří Hájek, ein Sprecher der Charta 77, wies 1982 auf ein Spannungsverhältnis im Friedens- und Menschenrechtsverständnis der westeuropäischen Initiativen hin, dass die Gruppen zugunsten einer Unteilbarkeit von Frieden und Menschenrechtsaspekten überwinden müssten. Zugleich wandte sich Hájek allerdings auch gegen Polemiken, wonach die westeuropäische Friedensbewegung Einseitigkeiten der pazifistischen Strömungen der dreißiger Jahre wiederholen könnten (»Appeasement«). Eine »genuine« Friedensbewegung sei vorstellbar, wenn die Verbindung zwischen Friedensforderungen und Bürgerrechten gelänge (Hájek 1983: 41).

In diesem Sinne hatten ebenfalls 1982 die Sprecher von Charta 77 in einem offenen Brief an die »Friedensbewegung in der DDR« und in einer daran anschließenden Erklärung vom 21. April 1982 ihre Zustimmung zum »Berliner Appell«<sup>5</sup> artikuliert und auf gemeinsame Lernmöglichkeiten verwiesen: »Militarisierung und Militarismus, dem wir gemeinsam entgegenstehen, empfinden wir als eine gefährliche Erscheinung sowohl in der zwischenstaatlichen, als auch in der innerpolitischen Sphäre.« (Palous/Marvanová/Lis 1982: 23; Offener Brief 1982: 25) Ergänzend wiesen die Charta-77-Sprecher darauf hin, einem »gerechten Frieden« müsse auch »innerer Frieden«, der Schutz der Staatsbürgerschaft jedes Bürgers in jedem Staat entsprechen (Offener Brief 1982).

Durch die zunehmende Legitimationskrise des kommunistischen Regimes veränderte sich auch die Szene der unabhängigen Initiativen in Prag. So bildeten sich programmorientierte politische Gruppen und Gruppenverbände wie die »Bewegung für Bürgerliche Freiheit« (HOS), die »Demokratische Initiative« (DI) oder die reformkommunistische Gruppe »Obroda« (Wiedergeburt). Daneben suchten Jugendliche nach eigenen Möglichkeiten des Engagements in Gruppen wie den »Tschechischen Kindern«, des »Friedensklub John Lennons« oder der »unabhängigen Friedensvereinigung« (NMS). NMS verortete sich im Kontext der internationalen Friedensbewegung und rekrutierte Anhänger aus dem studentischen Milieu sowie politisch marginalisierte Jugendliche:

*»In jener Zeit habe ich mit vielen Leuten die Bekanntschaft gemacht, die wegen ihrer Standpunkte aus ihrer Arbeit geworfen wurden. Unter diesen Leuten befanden sich auch einige politische Gefangene. Im April 1988 haben wir uns mit einigen Freunden dazu entschieden, die ›Unabhängige Friedensvereinigung‹ zu gründen«. (Interview Mr Prag 2001; eigene Quelle: Forschungsprojekt Legitimitätskonflikte in Umbruchgesellschaften, Humboldt Universität Berlin, Ms )*

Dieser Schritt hatte auch politische Auswirkungen auf die Neubildung der unabhängigen Szene in der Tschechoslowakei im Vorlauf zur gewaltlosen Revolution im Herbst 1989: Kleinere Gruppen jüngerer Akteure fanden sich zusammen, teils neben dem Hauptstrom der Bürgerrechtsinitiativen, teils im Austausch mit den Dissidenten.

## **2.1| Ungarn: Die Entstehung von Basisinitiativen und das Friedensthema in der »zweiten Öffentlichkeit«**

Auf die Idee eines expliziten Friedensengagements reagierten die Akteure der ungarischen demokratischen Opposition anfangs abwartend und skeptisch. Die ungarische Friedensdiskussion wurde zunächst als Teil der ritualisierten Selbstrepräsentation des Regimes unter János Kádár betrachtet, wie János Kis in der Samizdat-Zeitschrift »Beszélő« (»Der Sprecher«) betonte. Die westliche Friedensbewegung wurde ebenfalls kritisiert, in einem Vorwurf gipfelnd, der Geremeks und Havels Polemik noch übertraf: Die Akteure der Friedensbewegung seien blind gegenüber der sowjetischen Großmachtpolitik (Ehring/Dallwitz 1983: 598)

Im Vergleich zu dieser dominanten Strömung verkörperten die Intellektuellen György Konrád, Ferenc Köszeg und Miklós Haraszti Ausnahmen. Konrád richtete sich im September 1981 an die Öffentlichkeit und forderte militärische Nichtangriffspakte, die Ungarn gemeinsam mit Nachbarländern wie Jugoslawien und Österreich schließen sollte. Mit solchen Bündnissen würde Ungarn zwar gegen die Auflagen des Warschauer Pakts verstoßen, aber zugleich das nationale Bedürfnis nach Sicherheit demonstrieren. Für die Durchsetzung dieser Forderungen, so Konrád, sei in Ungarn eine unabhängige Friedensbewegung erforderlich. Diese Problemsicht übernahm der Schriftsteller und Journalist Haraszti zum Teil in Berichten für die Samizdat-Zeitschrift »Beszélő«, relativierte die Perspektive gleichwohl als »naiv«. Nach Ansicht Haraszti bildeten sich vielmehr im Milieu religiöser und weltlicher Jugendgruppierungen vielversprechende Ansätze für ein praktisches Friedensengagement:<sup>6</sup>

*»Die religiösen Gruppen arbeiten vor allem gedanklich, sie ›studieren‹ Frieden und die Möglichkeit eines friedvollen Lebens. Sie haben ein großes Interesse an allen pazifistischen und gewaltfreien Soziallehren, sie studieren beispielsweise auch Martin Lu-*

*ther King oder Mahatma Gandhi. Sie verfolgen auch mit großem Interesse die DDR-Friedensbewegung und sie schaffen eine breite »zweite Öffentlichkeit« durch das Kopieren und Verbreiten dieser Schriften sowie der Briefe der Verweigerer, die entweder schon im Gefängnis sitzen oder die bereit sind, den Wehrdienst zu verweigern, wenn sie einberufen werden»<sup>7</sup>*

Und: »Wir bitten Sie: Werden Sie nicht zum Werkzeug eines Missbrauchs im Namen des Friedens. Vergessen Sie nicht: es gibt keinen Frieden ohne Freiheit!«<sup>8</sup> Während Konrád auch Ebenen politischen Handelns von staatlichen Akteuren thematisierte, betonte Haraszi die Wirkungsmacht informeller Gruppen.

Der Journalist Ferenc Köszeg war 1982 Gründungsmitglied der Friedensinitiative »Dialog« und unterschied sich von Konrád und Haraszi durch die Bereitschaft, für das Friedensthema »offizielle« und informelle Handlungsebenen zu verbinden. Dialog<sup>9</sup> übernahm Impulse von Flugblattaktionen und setzte informelle Aktionsformen innerhalb offizieller Handlungsrahmen ein, um öffentliche Resonanz zu erzielen. So nahmen ungefähr fünfhundert Personen mit Dialog-Aufklebern am 1. Mai 1982 an einer »offiziellen« Demonstration mit eigenen Transparenten teil, ohne dass die Polizei einschritt (Bangó: 1986: 192). Köszeg pflegte zudem Kontakte zu Friedensinitiativen in Österreich und anderen westeuropäischen Ländern, die sich auch in einer gemeinsamen Konferenz mit westlichen Aktivisten in Budapest am 23. September 1982 niederschlugen, über die Köszeg in einem Artikel mit Edward P. Thompson berichtete (Köszeg/Thompson 1983: 32; Balázs 1985: 41-56).

Der Schriftsteller György Konrád war schon durch sein persönliches Engagement ein »Türöffner« für internationale Austauschbeziehungen. Im Rahmen des »offiziellen« KSZE-Kulturforums im Herbst 1985 in Budapest

übernahm er als Initiator für ein Gegen-Forum die Rolle eines »Brückenbauers« für die Vernetzung von unabhängigen Initiativen. Konrád umriss hierbei seine eigene Rolle sehr pointiert: »Ich bin Pazifist...Als anarchistisch-pazifistischer Mensch empfinde ich mehr Verantwortung für uns als die sich ernst gebärdenden und rhetorisch verlogenen Politiker, die gegebenenfalls bereit sind, einen nuklearen Massenmord in Kauf zu nehmen«. (Interview in Paetzke 1986: 139)

Konrád, der durch Konferenzen und Stipendienaufenthalte Anfang der achtziger Jahre die deutsche Friedensdiskussion kennenlernen konnte, urteilte über Erfahrungsaustausch, Lernmöglichkeiten und das Vorbild der deutschen Friedensbewegung in Ost wie West:

*»Die Macher aus der DDR-Friedensbewegung ähneln meinen Westberliner Freunden vom intelligenteren Flügel der Friedensbewegung erstaunlich. ... Sie sind nicht nur an der teilweisen Rüstungsbeschränkung interessiert, sondern sie arbeiten auch an der Verbreitung einer neuen europäischen Vision ... Sie haben in Deutschland eine Zukunft, die von anderen noch nicht begriffen wird. Ich glaube, es gibt in Deutschland ein neues Selbstbewusstsein, das dem Nationalismus alten Stils in keiner Weise ähnelt, das aber seine Rolle auf diesem komischen Erdteil Europa neu definieren will. Und ich glaube, in ganz Europa besteht ein Netzwerk (Hervorhebung, H. F.), in dem Menschen mit verschiedenen Ideologien, mit verschiedenen Wörterbüchern und verschiedenen kulturellen Traditionen miteinander verbunden sind, denn das Engagement, mit dem sie sich für etwas einsetzen, zu dem sie sich ohne Vorbehalt persönlich bekennen können, gleicht sich. Die alten Ideologien und Utopien sind den Wünschen und Vorstel-*

*lungen des Individuums entfremdet.»*  
(Paetzke 1986: 243)

Eine ideologische Definition der Situation hatte sich nach Konráds Sicht vollkommen überlebt. Stattdessen zeichnete sich ein gemeinsames Interesse in unterschiedlichen Teilen Europas ab – die Forderungen nach Rüstungsbeschränkung bis hin zu einer neuen europäischen Vision würden dies zeigen.

## **2.2| Frieden als politischer Rahmen der DDR-Opposition**

In der DDR entwickelte sich das Friedensthema seit Ende der siebziger Jahre zu einem politischen Schlüsselthema, das zugleich als Ventil für Initiativen »von unten« funktionierte. In unterschiedlichen Zusammenhängen verband sich das Friedensengagement immer auch mit der Kritik am Bestehenden: Diese reichte von kritischen Stellungnahmen zur geplanten Einführung eines Wehrkundeunterrichts (1978), über Thesen zur »Kriegsdienstverweigerung« bis zur Entstehung unabhängiger Initiativen wie den »Friedensgebeten« in Leipzig und anderen Städten zwischen 1981 und 1989. Die Friedensgebete knüpften teilweise an Erfahrungen vorausgegangener Gruppen an, vor allem an das seit 1972 halbjährlich in Königswalde durchgeführte Friedensseminar (Ehring/Dallwitz 1983: 232 ff.; Dietrich 1994; Garstecki 2013). Die ostdeutsche Debatte um das Friedensthema profilierte sich vor allem in der Auseinandersetzung über Grundlagen eines »sozialen Friedensdienstes«. Dabei ging es nicht nur um Alternativen gegenüber dem staatlich geplanten Wehrkundeunterricht. Es wurden Diskussionen angestoßen, die in Foren der kirchlichen Teil-Öffentlichkeit, auf Synodontagungen und dem »Kirchentag von unten« einen Rahmen fanden. Darüber hinaus diffundierten Ideen zum Friedenshandeln besonders über Jugendkulturen, die sich in Jena, Leipzig und anderen Städten auch außerhalb des kirchli-

chen Binnenraums verorteten – symbolisch und durch exemplarische Aktionen.<sup>10</sup>

Im Selbstverständnis einzelner Akteure erfuhren die Übergänge zwischen individueller Dissidenz in Freundeskreisen hin zu einer Beteiligung in örtlichen und überregionalen Friedenskreisen eine neue Qualität, die sich in der Überwindung von Angst als Barriere für politisches Engagement zeigte. Das war der Fall bei Initiativen, die auf die Entstehung der Friedensbewegung in der DDR einen prägenden Einfluss hatten, wie die mit einem Bibelzitat arbeitende Initiative »Schwerter zu Pflugscharen« (1982). Die Verwendung des gleichlautenden Aufnehmers wirkte prägend für das Friedensthema. Die Symbolik, die sich mit der schmiedenden, Schwerter zerstörenden Figur verband, entwickelte politische Relevanz, denn der mit ihm transportierte antimilitaristische Friedensbegriff konnte als integrierende Rahmendeutung nicht nur in der unabhängigen Öffentlichkeit Akteure mobilisieren, sondern konnte auch auf die politische Themenbildung in der offiziellen Öffentlichkeit wirken. Dies geschah in einer Weise, die den ideologischen Sprachgebrauch der SED überschritt und die Führungsgruppen argumentativ herausforderte (Fehr 1996: 225-232). Dort setzte man zügig, aber kaum erfolgreich auf Verbote und Repression, um eine Verbreitung des politisierenden Symbols zu verhindern.

Im Verlauf der achtziger Jahre erhielt das Friedensthema durch den »Gorbatschow-Faktor« eine weitere Facette. »Glasnost« und »Perestrojka« erlaubten es unabhängigen Initiativen punktuell kritische Rückfragen zum offiziellen Sprachgebrauch der SED zu stellen, die früher nicht vorstellbar waren. Diese betrafen die Formelhaftigkeit der Friedenspolitik der DDR: die Eigen-Legitimation der DDR als »Friedensstaat«. Dahinter stand die Idee einer Befreiung der politischen Sprache durch unverstelltes Reden und Handeln. In diesem

Zusammenhang erlaubte die Bezugnahme auf Gorbatschows Thesen, zwei Absichten miteinander zu verbinden: Einmal den Begriff »gemeinsames europäisches Haus« (Gorbatschow 1988: 250 f.) friedenspolitisch für gemeinsame Normen des zukünftigen Zusammenlebens zu verfolgen. Zugleich konnten so auch selbst-begrenzte utopische Perspektiven formuliert werden: »Der Begriff vereint in sich Notwendiges und Mögliches«. (Gorbatschow 1988: 251)

Im Rückblick sprachen Initiatoren der Initiative »Frieden« von »oppositionellen« Basisinitiativen, die sich in den 1980er Jahren bildeten (Meckel/Gutzeit 1994; Dietrich 1994), wofür Aufrufe wie der »Berliner Appell« als Beleg gesehen wurden. Durchgängig vermischten sich im Engagement der Friedensinitiativen Motive des Eintretens gegen eine neue Raketenstationierung mit Beweggründen anti-systemischer Mobilisierung, wie ein Mitglied des Friedrichsfelder Friedenskreises hervorhob: »Was uns zusammenhielt, war eigentlich nur ... diese ›gemeinsame Opposition‹ gegen den Staat« (Interview hr Berlin 29.6.1995, eigene Quelle). Damit wurden Fragen aufgenommen, die für die Beteiligung in den Bürger- und Menschenrechtsinitiativen von ähnlicher Bedeutung waren. Die »Initiative Frieden und Menschenrechte« (IFM) wurde 1986 im Ländervergleich zwar erst relativ spät gegründet (Templin/Weißhuhn 1991: 148-165), aber für die politischen Ziele und die Handlungsweise lassen sich Parallelen zu Bürgerkomitees in Ostmitteleuropa festhalten. Von Anfang an wurden durch Stellungnahmen Gemeinsamkeiten mit der Charta 77 und der polnischen und ungarischen demokratischen Opposition betont, wie Appelle zum zehnjährigen Bestehen der Charta 77 (»Prager Appell«).

Für die Friedensbewegung in der DDR waren in den achtziger Jahren auch Strömungen grundlegend, die das politische Thema durch

Proteste in die Öffentlichkeit brachten, wie die Basisinitiativen im Rahmen des konziliaren Prozesses und der ökumenischen Versammlungen von 1987 bis 1988/89. Sie boten Raum für unabhängige Formen der Öffentlichkeit, die über die kirchliche Teil-Öffentlichkeit („Zweite Öffentlichkeit“: Ehring/Dallwitz 1983: 54) hinausreichten. Sie trugen zudem zu einem Dialog über die moralischen und politischen Grundlagen der zukünftigen Entwicklung in der DDR bei (Aktion Sühnezeichen 1990). In diesem Zusammenhang war der Olaf-Palme-Friedensmarsch von 1987 entscheidend, denn zum ersten Mal erlangten Mobilisierungsslogans der unabhängigen Friedensinitiativen eine neue Qualität in der öffentlichen Resonanz. Zusammen mit der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen aus der Bundesrepublik und dem Friedenskomitee der Tschechoslowakei hatte der »Friedensrat« der DDR den Marsch organisiert, genehmigte aber erstmals auch Teilen der unabhängigen Friedensgruppen an der offiziellen Veranstaltung teilzunehmen. Allein die Präsenz dieser alternativen, vom staatlichen Jargon abweichenden Gruppen veränderte den offiziellen politischen Rahmen, der von oben für den Olaf-Palme-Friedensmarsch vorgegeben war. Der Friedensbegriff konnte hier den offiziellen politischen Sprachgebrauch überschreiten.

### **3| Vergleichende Gesichtspunkte zur politischen Themenbildung und Vernetzung der Friedeninitiativen**

In vergleichender Sicht überwiegen Gemeinsamkeiten in der politischen Themenbildung der unabhängigen Friedensinitiativen in Ostmitteleuropa. Demgegenüber treten Unterschiede und ungleichzeitige Entwicklungen der Gruppen zurück: Unabhängige Friedensinitiativen nahmen nur in der DDR typische Merkmale einer neuen sozialen Bewegung an. Dazu zählten die Entfaltung integrierender Symbole, die zur Bildung einer



Protestkultur führten und die Kristallisierung von »Frieden« als integrierender Master-Frame (»Schwerter zu Pflugscharen«) in einer Übergangsphase, in der neue Wege der politischen Themenbildung und Mobilisierung erprobt werden mussten, nämlich Ideen des Pazifismus, der Selbstorganisation und zivilgesellschaftliche Orientierungen, Bürgersinn und Toleranz (»Keine Gewalt«). Pazifismus wurde als politisches Deutungsmuster kritisch-normativ betrachtet und der neuen Friedensbewegung bereits 1981 ein »äußerst differenzierter« Umgang mit dem Erbe des Pazifismus zugesprochen (Kuhrt 1984). Das ethische Potential des Pazifismus wurde im Unterschied zu den dissidentischen Diskursen in Polen und in der Tschechoslowakei bereits 1981 blockübergreifend betont: »Ethischer Anspruch und politische Rationalität lassen pazifistische Ideen zu einer ernstzunehmenden Herausforderung an die Politik werden.« (Garstecki 2013: 83) Im Ländervergleich erlangte Frieden ähnlich wie in der DDR nur in der unabhängigen Gruppenszene Ungarns eine prägende Rolle als politisches Schlüsselwort. Die Parallelen lassen sich bis in die Wahl von »sozialem Friedensdienst« als Perspektive für Wehrdienstverweigerer in Ungarn ziehen.<sup>11</sup> Ansätze für eine kommunikative Infrastruktur zur Auseinandersetzung über Friedensengagement waren in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften in unterschiedlicher Weise gegeben. Durchgängig war das Friedensengagement in Initiativen eingebettet, die mit den Anfängen von Bürgergesellschaft (Haraszi 1990: 71-88; Poppe 1990: 63-80; Konrád 1985: 74 ff.; Vajda 1991) und unabhängiger Öffentlichkeit übereinstimmten. In der DDR konnten sich Initiativen mit relativ ausgeprägtem Organisationsgrad vernetzen in Form von örtlichen Initiativen, Jugendkulturen, evangelischen Gemeinden, Solidarischer Kirche, Friedensgebeten/-seminaren, Grün-Alternativem Netzwerk Arche über regionale Verbindungen bis zu überregionalen Gruppenverbänden. In Polen waren nur über WiP

Elemente der organisatorischen und politischen Vernetzung (Treffen, Zeitschrift, Schlüsselpersonen) gegeben, in der Tschechoslowakei waren die unabhängigen Friedensinitiativen im großstädtischen Raum Prags und Brünns verortet, wo sie vorwiegend auf persönlichen Verbindungen der Akteure beruhten. Auch in Ungarn – mit Ausnahme der Basisinitiativen von Wehrdienstverweigerern und örtlichen Gruppen christlicher Jugendlicher – gründete die kommunikative Infrastruktur für Friedenspolitik auf engen persönlichen Verbindungen. Ausgewählten Schlüsselpersonen (Konrád, Köszeg, Haraszi u. a.) und deren Austauschbeziehungen wirkten »nach innen« in das Milieu der demokratischen Opposition und teilweise in die »offizielle« Friedensszene, wie die Gruppe »Dialogus« veranschaulicht, und »nach außen« wie etwa nach Österreich, Deutschland, DDR, Polen, Tschechoslowakei.

Für eine theoretische Annäherung an die unabhängigen Friedensinitiativen bietet der indigene Gemeinschaftsansatz (Zirakzadeh 2008: 525-541) Analysegesichtspunkte. Nach diesem Modell der Bewegungsforschung werden lokale Strukturen und soziale Netzwerke in den Mittelpunkt der Mobilisierungsforschung gerückt. Die Untersuchung verschiebt sich so von den materiellen Ressourcen, die in der klassischen Ressourcenmobilisierungstheorie betont werden, hin zu Dimensionen der Interaktion und von Solidaritätsnetzwerken. In dieser Problemsicht kann genauer betrachtet werden, wie sich mit der Entstehung lokaler (informeller) Strukturen auch Führungszirkel herausbilden, die im Austausch mit ihrer Umwelt Themen aufgreifen und thematisieren. Die entstehenden sozialen Bewegungen lernen von den Erfahrungen auf lokaler Ebene. Erfolgreiche Praktiken, Symbole der Mobilisierung (»Dialogus« in Ungarn, »Schwerter zu Pflugscharen«, Friedenstaube in der Zeitschrift von WiP (WiP 1989); »Farbige Revolution« in Polen) und

Netzwerke des interorganisatorischen Austauschs werden übernommen.<sup>12</sup>

Welche Parallelen und Unterschiede waren im Ideenhorizont der Akteure (Kuroń, Lipski, Poppe, Köszeg, Havel, Konrád) von Bedeutung? In einem Aufsatz von 1988 ging Ulrike Poppe auf die Lernprozesse der informellen Gruppen in der DDR ein, die mit der Gründung der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) ein neues Niveau der gesellschaftlichen Selbstorganisation erreicht hätten. Poppe betonte die sozialisierende Funktion der Gruppen, die ein Übungsfeld für Einstellungen wie »Friedfertigkeit« boten: *«Die Mitglieder lernen in der Gruppe sich selbst und ihre Probleme ernst zu nehmen. Sie erfahren eine andere Kommunikation, das heißt, sie lernen authentisch zu reden und sich aufeinander zu beziehen. Sie werden zu Versuchen ermutigt, sich in gesellschaftliche Belange einzubringen und Widerstand zu leisten. Die Gruppen sind also ein Trainingsfeld sozialen Verhaltens. Friedfertigkeit, Toleranz und Solidarität können in der Gruppe geübt werden.»* (Poppe 1990: 70)

Bemerkenswert ist an diesen Überlegungen, dass »Friedfertigkeit« und »Toleranz« als Einstellungen für die politische Kommunikation hervorgehoben wurden, die in kleinen Gruppen erlernbar seien. Friedfertigkeit, Gewaltlosigkeit, Toleranz und Solidarität waren auch die Schlüsselwörter, die in den Selbstverständigungsdebatten von Akteuren der polnischen Bürgerrechtsgruppen während der siebziger Jahre eine Rolle spielten. Dazu zählten sowohl die Thesen Jacek Kurońs über Ethos-Gruppen (1974) und soziale Bewegungen (Kuroń 2010: 6-15, 40-57) als auch Einsichten in Kommunikationsabläufe »kleiner«, exemplarischer und informeller Gruppierungen, die für die Entwicklung sozialer Bewegungen von zentraler Bedeutung sind (Vajda 1991; Konrád 1985: 74 ff.).

Unabhängige Friedensinitiativen waren vor 1989 Träger zivilgesellschaftlicher Bestrebungen. So stimmte der Friedensbegriff als politisches Deutungsmuster mit dem Ethos des Handelns überein, das die politisch engagierte Intelligenz in Formen kulturellen und politischen Widerstands nach 1968 schrittweise erprobt hatte. Hierfür standen die Thesen von Kuroń zu Aktionsgruppen ebenso wie die Reflexionen von Havel und Konrád über »Antipolitik« (Konrád 1985). Gemeinsam war diesen Diskursen, dass normative Ansprüche auf Einlösung von Toleranz, Friedfertigkeit und Gerechtigkeit mit ethischen Prämissen für eine aufzubauende Bürgergesellschaft in Ostmitteleuropa konvergierten. Das Friedenthema erlangte auch eine prägende Wirkung für praktisches Engagement in der Menschenrechtspolitik durch die Betonung von Bürgersinn, Autonomie und des Appells »keine Gewalt«.

Das Komitee KOR (Komitet Obrony Robotników - Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) und andere Bürgerrechtsgruppen in Polen, der Tschechoslowakei (Charta 77) und der DDR (Initiative Frieden und Menschenrechte: Templin/Weißhuhn 1991: 148-165) waren in der Entstehungsphase weniger durch ein strategisches Grundmuster geprägt, sondern zuerst durch kulturelle Orientierungen und ein »Erziehungsmilieu« (J. Kuroń) des informellen Sektors, in dem der Reifeprozess »politischer Subjektivität« erfolgte. Im Widerstand gegenüber den Machteliten kristallisierten sich so Erfahrungen und Leitbilder einer zukünftigen Bürgergesellschaft heraus. Diese bildeten den integrierenden Rahmen für die politischen Orientierungen der Gegeneliten. Gemeinsam war den unterschiedlichen sozialen Bewegungen, dass Ansprüche auf die »Bürgergesellschaft« ethisch begründet wurden: moralische Politik (V. Havel, J. Patočka), Würde, soziale Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit (I. Bibó, J. Kis), Ethos des Handelns (J. Kuroń, A. Michnik) und sozial-

ethische Handlungsorientierungen der »sozialisierenden Gruppen« (U. Poppe).

Die Bürgerrechtsinitiativen und Gegeneliten in den ostmitteleuropäischen Ländern als »Ethos-Gruppen« zu bestimmen heißt: Es handelte sich um informelle Gruppen, die politische Ziele, Gemeinschaftsorientierungen und Wertvorstellungen verband. Ethos-Gruppen lassen sich nicht nach sozialstrukturellen Unterscheidungsdimensionen wie Schichten- und Klassenzugehörigkeit klassifizieren. Es handelte sich vielmehr um normativ orientierte Bezugsgruppen, die quer zur Sozialstruktur »real-sozialistischer« Gesellschaften lagen (Szawiel 1982: 157-178). Darüber hinaus kennzeichnete Ethos-Gruppen, dass sie zur Neubildung von Gemeinschaftsbezügen und sozialen Milieus beitrugen – bis zur Herausbildung eines informellen Sektors in den osteuropäischen Gesellschaften (Sampson 1985/1986: 45-61).

In diesem Zusammenhang wird ersichtlich, worin die Brisanz der Forderungen nach Frieden und Abbau der Ost-West-Blocklogik vor 1989 in der DDR<sup>13</sup> und den anderen ostmitteleuropäischen europäischen Gesellschaften lag: Die informellen Friedensinitiativen und sozialen Bewegungen während der achtziger Jahre stellten eine Herausforderung für die kommunistischen Machteliten dar. Die Friedensbewegung relativierte das Monopol der kommunistischen Regime in der Friedensfrage und forderte die Staatsmacht in der Dimension der »Historizität« (Touraine/Strzelecki 1983) heraus. Mit der Opposition in der politischen Sprache wurde in der Spätphase des »Real-Sozialismus« das Herrschaftsmonopol des Regimes auf Informations- und Meinungsbildung beeinträchtigt. Der Konflikt über die sprachliche Hegemonie im öffentlichen Leben, wie über das Friedens-thema, Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit als Schlüsselwörter war immer auch ein Konflikt über zukünftige Strukturen der Gesellschaft

(Aktion Sühnezeichen 1990; Fehr 1996; Brown 2010).

Damit leite ich zu vergleichenden Gesichtspunkten über, die transnationale Perspektiven und politische Interaktionen betreffen (Bloem 2004: 47-50). So ist der Erfahrungsaustausch über politische und persönliche Netzwerke gemeint, ebenso wie Treffen von Schlüsselpersonen und internationale Konferenzen in Coventry 1987 und in Budapest 1985 (Kulturelles Gegenforum in Budapest, Treffen zwischen Friedensinitiativen aus der DDR und CSSR, Treffen zwischen Akteuren aus Polen und Westeuropa). Petr Uhl, ein Mitbegründer der Charta 77, umschreibt im historischen Rückblick auf den grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch die Entwicklungsmöglichkeiten im Milieu der Friedensszene:

*»Die spätere Entwicklung in der DDR war dann für uns, für die Charta 77, außerordentlich inspirierend: Während wir uns ausschließlich auf Menschenrechte und oppositionelle politische Tätigkeit konzentrierten, gab es in der damaligen DDR eine sehr breite Friedensbewegung, Kriegsdienstverweigerung, eine sehr ausgedehnte ökologische Bewegung, von der wir gelernt haben, und wir haben darüber unsere oppositionelle Öffentlichkeit informiert....Wir haben programmgemäß in jede Nummer der ‚Informationen über die Charta 77‘ etwas aus Polen, Ungarn, der DDR aufgenommen. Wir haben Kontakte gesucht, und haben gemeinsame Erklärungen veröffentlicht«. (Uhl 1998: 255-256)*

Ein Beispiel für gemeinsame Erklärungen war der Prager Appell von 1987, der allerdings ohne Handlungsaufforderungen blieb. Tendenzen der Transnationalisierung der unabhängigen Friedensinitiativen erreichten eine hohe organisatorische Dichte. Auf Gruppenebene gab es frühzeitig länderübergreifende Kontakte, die über Schlüsselpersonen (Havel,

Kuroń, Michnik, Uhl, Köszeg, Konrád, Haraszi) geknüpft wurden. Politische Interaktion nach dem Vorbild enger persönlicher Beziehungen ging auf mittlerer Ebene in Austauschbeziehungen über.

Generationspezifische Gesichtspunkte sind für die Untersuchung der neuen Friedensinitiativen bedeutsam. So hebt Stefan Bratkowski, ehemaliger Vorsitzender des polnischen Journalistenverbandes, hervor:

*»Was die Youngster von WiP hier zustande gebracht haben, ist unserer Generation nicht in 40 Jahren geglückt. Es ist der Aufbruch der Nach-Solidarnosc-Generation, die sich in ihrer Weigerung, Objekt manipulativer Politik der Machteliten zu sein, mit der Friedensbewegung des Westens verwandt weiß«.*<sup>14</sup>

Generationsunterschiede waren auch für die Entstehung der unabhängigen Friedensinitiativen in der DDR und in Prag einflussreich. Der Bedeutungszuwachs von Schwerter zu Pflugscharen ist nicht ohne Bezugnahme auf jugendkulturelle Stile zu verstehen. Für die unabhängigen Friedensgruppen in Prag wurden bereits mit den Eigennamen der Gruppen Altersmerkmale betont. Für die religiösen Basisinitiativen und die inoffiziellen Gruppen von Wehrdienstverweigerern in Ungarn waren Generationsgesichtspunkte ebenfalls kennzeichnend: sowohl für die Proteststile als auch für die Gemeinschaftserfahrungen des Widerstands.<sup>15</sup>

#### 4| Schlussbemerkungen

Aus den bisherigen Überlegungen zum Friedensthema in der Spätphase des »Real-Sozialismus« in Ostmitteleuropa lassen sich einige Schlussfolgerungen ziehen, die auch die Rolle neuer sozialer Bewegungen vor den revolutionären Umbrüchen von 1989 erhellen: Mehr als bisher in der sozialen Bewegungsforschung angenommen worden ist (Zirakzadeh

20119, hatten sich in den Milieus der unabhängigen Dissidenten- und Friedenszene Ansätze für Vernetzungsbestrebungen abgezeichnet. Das Niveau der Vernetzungen reichte von Personenzirkeln über informelle bis zu organisatorischen Netzwerken, die auf bereits existierende politische Netzwerke aufbauten.

Die transnationalen Ebenen des politischen Austauschs zwischen den unterschiedlichen Friedensgruppen gründeten ebenso wie das Handlungsrepertoire der Gruppen auf einer intelligenten Mischung von formellen und informellen Aktionsformen. Die Gruppenstile beinhalteten eine Verbindung von gegenkulturellen und subkulturellen Protestsymbolen mit Handlungsweisen, die generationspezifische und politische Ausdrucksformen integrierten. Diese Besonderheit ist auch für die politische Themenbildung über Frieden festzuhalten: Trotz einer besonders in der Dissidentenszene Polens und der Tschechoslowakei verbreiteten Skepsis gegenüber Frieden als einem primär ideologischem Deutungsmuster des kommunistischen Regimes erfolgte eine Neubewertung des Master-Frames »Frieden«, die exemplarische Lernprozesse besonders im oppositionellen Milieu der DDR und Ungarns auslöste.

So gelang über Ländergrenzen hinweg die schrittweise Neubewertung von Frieden als integrierender politischer Rahmendeutung, die mit normativen Orientierungen der aufzubauenden Bürgergesellschaft in Ostmitteleuropa übereinstimmte: Frieden und Menschenrechte, Frieden als verbindende Norm vor dem Hintergrund der Europäisierung von Werten. Marcin Król, ein neukonservativer Beobachter abseits vom Hauptstrom des politischen Dissens, erinnert an den Zusammenhang von Frieden und Europäisierung der Wertorientierungen: »Wir müssen uns aber der Tatsache erinnern, dass diese Idee des Friedens vollständig neu ist und dass

sie vollständig von der Verwirklichung der europäischen Werte abhängt ...Wenn Europa als ›Idee‹ und Norm scheitert, wird es keinen Frieden geben.« (Król 1989: 112)

*Helmut Fehr* war Professor für Soziologie und Europäische Studien (Universitäten in Polen und Ungarn). Neuere Veröffentlichungen: *Eliten und zivile Gesellschaft – Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa*, Wiesbaden 2014; *Vergeltende Gerechtigkeit – Populismus und Vergangenheitspolitik nach 1989*, Opladen 2016. E-Mail: [fehrhelm@gmail.com](mailto:fehrhelm@gmail.com)

### Anmerkungen

1 Der Text erscheint im Forschungsjournal mit freundlicher Genehmigung als Wiederabdruck aus Claudia Kemper (Hg.), *Gespannte Verhältnisse – Frieden und protest in europa während der 1970er und 1980er Jahre*, Essen 2017: Klartext Verlag. Unter politischen Deutungsmustern verstehe ich im Anschluss an Konzepte der Bewegungs- und Diskursforschung integrierende Rahmendeutungen, die als politische Schlüsselwörter oder »Master-Frames« (Snow/Benford 1988: 197-215; Zirakzadeh 2008: 525-541; Tarrow 2005; Fehr 2014; Fehr 2016) für kollektive Mobilisierungsprozesse prägend sind.

2 In meinen vergleichenden Betrachtungen werde ich auf der Grundlage vom eigenständig erhobenen empirischen Datenmaterial (offene Interviews mit Akteuren aus zwei Befragungen 1989-1991 und 2001-2003; schriftliche Dokumente) und der Auswertung soziologischer und zeithistorischer Studien (Deutschland, Polen, Ungarn und Tschechischen Republik) die folgenden beiden Fragen beleuchten: 1. Welche Rolle erlangte Frieden als politische Mobilisierungsforderung vor 1989? 2. Welche Formen des grenzüberschreitenden Erfahrungsaustauschs zeichnen sich zwischen unabhängigen Friedensinitiativen in

Polen, der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei ab?

3 Wenn im Folgenden meist lediglich von „Dissidenten“ o. ä. die Rede ist, so ist dies in erster Linie der Lesbarkeit des Textes geschuldet. An den Aktivitäten der oppositionellen Gruppen beteiligten sich von Anfang an sowohl Männer als Frauen. Allerdings ist zu beobachten, dass Männer eine dominierende Rolle spielten und in einigen Bewegungen waren Frauen nicht repräsentiert, so dass in vielen Fällen die Schreibweise zutreffend ist. - Zur Entstehung unabhängiger Öffentlichkeiten: Fehr 1996.

4 Ungefähr dreißig Personen zählten in beiden Städten zum aktiven Gründungszirkel.

5 Rainer Eppelmann und Robert Havemann brachten am 25. Januar 1982 den Berliner Appell „Frieden schaffen ohne Waffen“ in Umlauf, der auch im Westen veröffentlicht wurde.

6 In diesem Zusammenhang sind die Gruppen jüngerer Wehrdienstverweigerer zu nennen: die »Bulányisten«, benannt nach dem katholischen Pater Bulányi, Gründer einer katholischen Basisgruppe, der für einen sozialen Friedensdienst eintrat (vgl. Jenő Bangó 1986: 191).

7 »Das Interesse an Friedensfragen wächst«. Interview von Klaus Ehring mit Miklós Haraszti. In: *Osteuropa-Archiv*, (1983) 33, S. 434.

8 Flugblatt von László Rajk, Miklós Haraszti an die Teilnehmer des Friedensmarsches '82, August 1982. In: *Osteuropa-Archiv*, (1983) 33, S. 431.

9 Ein Zirkel von ungefähr dreißig Akteuren, zu denen Ferenc Köszeg zählte (Dalos a) 1986: 187-197; Dalos 1986; Szabo 2010: 72, 63-81.

10 Ein Beispiel ist Gerulf Pannachs „Friedenslied“ von 1977 (in: Ehring/Dallwitz 1983: 97). Ein anderes Beispiel ist der Aufruf Jenaer Arbeiter von 1983, in dem es heißt: „Wir möchten auch mit der Friedensbewegung anderer Staaten in direkten, persönlichen Kontakt treten (mit END, CDN, IKV, der Russel-Peace-Foundation u. a. in Ost und West, z. B. auch mit der Friedensgruppe ‚Dialog‘ aus UngarnQ“ (zitiert nach Kuhrt 1984: 164; vgl. ferner: Büscher/Wensierski/Wolschner 1982).

11 So die Forderung von Pater Bulányi (Bangó 1986: 191); Garstecki 2013: 86-96.

12 Vgl. das Gruppenspektrum von Greenway Osteuropa, Grün-Alternatives Netzwerk Arche, KvU, Solidarische Kirche, Basisinitiativen im Rahmen der ökumenischen Versammlungen, Olaf-Palme – Friedensmarsch, Orangene Alternative, WiP (»Freiheit und Frieden«) – Gruppierungen.

13 So die Initiative „Absage an Praxis und Politik der Abgrenzung“ (Fischbeck 1988).

14 In: Bericht über das Seminar der Gruppe „Freiheit und Frieden“ im Mai 1987 (WiP-Seminar, Warschau vom 7.-9.5.1987. Ost-West-Dialog, Internationales Friedensseminar; Pismo Młodzięzy Solidarnej i Ruchu „WiP“, Młody Ursus Luty 1989); Umweltbibliothek Berlin, Ms.

15 Vgl. dazu den Bericht zum Prozess gegen einen Wehrdienstverweigerer vom 2.4.1982 (in: Beszélö 3 (1982). Zit. Nach Osteuropa-Archiv 1983: A 436 f.).

## Literatur

*Aktion Sühnezeichen* (Hg.) 1990: Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Berlin.

*Balázs, Magdalona* 1985: Relations between the Peace Movement in East and West Europe. The Special Situation in Hungary. In: END Papers, London 1985/No.48, S. 41-56.

*Bangó, Jenő* 1986: Anzeichen für Nonkonformismus in Ungarn. In: Ungarn-Jahrbuch 14, S.192.

*Bartoszewski, Władysław* 1986: Aus der Geschichte lernen?, München.

*Bloem, Filip* 2004: Über die Unteilbarkeit von Frieden – Unabhängige Friedensgruppen und Wehrdienstverweigerung in der Tschechoslowakei. In: Horch und Guck 26,, S. 47 – 50.

*Brown, Stephen* 2010: Von der Unzufriedenheit zum Widerspruch. Der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung als Wegbereiter der friedlichen Revolution in der DDR, Frankfurt/M.

*Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter/Wolschner, Klaus* 1982: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982, Hattingen.

*Büscher, Barbara u. a.* (Hg.) 1983: Solidarität. Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen, Köln.

Charta 77: Offener Brief der Charta 77 an die Friedensbewegung. In: Gegenstimmen, Nr. 8, 1982, S. 25.

*Czas przyszły* 1988, 2.

*Dalos, György (a)* 1986: Die kurze Geschichte der ungarischen Friedensgruppe „Dialog“. In: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus 3, S. 187-197.

*Dalos, György (b)* 1986: Archipel Gulasch. Die Entstehung der Demokratischen Opposition in Ungarn. Bremen.

*Dietrich, Christian u. a.* (Hg.) 1994: Freunde und Feinde. Dokumente zu Friedensgebeten in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989, Leipzig.

*Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin* 1983: Schwerter zu Pflugscharen, Reinbek.

*Ehring, Klaus* 1983: »Das Interesse an Friedensfragen wächst«. Interview von Klaus Ehring mit Miklós Haraszti. In: Osteuropa-Archiv, 33, S. 434.

*Fehr, Helmut* 1996: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR. Opladen.

*Fehr, Helmut* 2014: Eliten und zivile Gesellschaft. Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa. Wiesbaden.

*Fehr, Helmut* 2016: Vergeltende Gerechtigkeit. Populismus und Vergangenheitspolitik nach 1989. Opladen .

*Fischbeck, Hans Joachim u. a.* 1988: Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“. In: Frankfurter Rundschau, vom 29.9.1988.

*Fydrych, Waldemar/Misztal, Bronisław* 2008: Pomorańczowa alternatywa, Warszawa.

*Garstecki, Joachim* 2013: „Pazifismus“ in der aktuellen Friedensdiskussion (1981). In: Ders./Heinz Günther Stobbe (Hg.): Gewaltfreiheit politisch denken, Essen, S. 83.

*Garstecki, Joachim* 2013: Gewaltfreiheit politisch denken. Anstöße zur Friedensdebatte in Ost und West 1981-2012, Münster.

*Geremek, Bronisław* 1989: Frieden und Menschenrechte. In: Frank Herterich/Christian Semler (Hg.): Dazwischen. Ostmitteleuropäische Reflexionen. Frankfurt a. M., S.65-69.

*Gorbatschow, Michail* 1988: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und die ganze Welt. Berlin (DDR).

*Hajek, Jiří* 1983: Charter 77 and the Present Peace Movement. In: Jan Kavan/Z. Tomin (Hg.): Voices from Prague. London.

*Haraszti, Miklós* 1990: The Beginning of Civil Society. The Independent Peace Movement and the Danube Movement in Hungary. In: Vladimir Tismaniu (Hg.): In Search of Civil Society, New York, S. 71-88.

Havel, Vacláv: Anatomie einer Zurückhaltung (1985), in: ders., Am Anfang war das Wort, Reinbek 1990.

*Karnowski, Michał/Zaręmba, Piotr* 2004: Alfabet Rokity, Kraków.

*Konrád, György* 1985: Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt a. M..

Közseg, Ferenc/Thompson, Edward P. 1983: The New Hungarian Peace Movement. END Special Report, London.

*Król, Marcin* 1989: Europa als Norm. In: Friedrich Herterich/Christian Semler (Hg.): Dazwischen. Ostmitteleuropäische Reflexionen. Frankfurt a. M., S. 102-112.

*Kuroń, Jacek* 2010: Opozycja. Pisma Polityczne 1969 – 1989, Warszawa, S. 6-15 und S. 40-57.

*Kuhrt, Eberhard* 1984: Wider die Militarisierung der Gesellschaft. Friedensbewegung und Kirche in der DDR. Melle.

*Lipski, Jan Józef* 1998: »Wir müssen uns alles sagen...«/Powiedzieć sobie wszystko – Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft/ Eseje o sąsiedztwie polsko-niemieckim Warszawa.

*Mackenbach, Werner* (Hg.) 1982: Das KOR und der polnische Sommer. Hamburg.

*Meckel, Markus/Gutzeit, Martin* 1994: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchlicher Friedensarbeit. Kommentierte Quellentexte, Köln.

*Modzelewski, Wojciech* 1996: Pacyfizm w Polsce. Warszaw.

*Osteuropa Archiv* 1983: 33, S. A 436f.

*Ozaga, Marcin* 2013: Ruch Wolność i Pokój w Szczecinie. In: Encyklopedia Solidarnosci, (Online-Zugriff: 9.10.13).

*Paetzke, Hans Hermann* (Hg.) 1986: Andersdenkende in Ungarn. Frankfurt a. M.

*Palous, Radim /Marvanová, Anna/ Lis, Ladislav* (Charta 77-Sprecher) 1982: An die Friedensbewegung in der DDR. In: Gegenstimmen, Nr.8, Juni, S. 23.

*Poppe, Ulrike* 1990: Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft (1988), in: Detlef Pollack (Hg.), Die Legitimität der Freiheit, Frankfurt a. M., S. 63 – 80.

*Sampson, Steven* 1985: The Informal Sector in Eastern Europe. In: Telos 65 (1985-1986), S. 45-61.

*Snow, Daniel/Benford, Robert* 1988: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: Hanns Peter Kriesi/ Sydney Tarrow (Hg.): From Structure to Action. Comparing Social Movements Research Across Cultures. Greenwich, Connecticut, S. 197-215.

*Szabo, Máté* 2010: Revisionismus, Liberalismus und Populismus. Die Opposition in Ungarn. In: Detlef Pollack/Jan Wielgohs (Hg.): Akteure oder Profiteure? Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989, Wiesbaden, S. 63-81.

*Szawiel, Tadeusz* 1982: Struktura społeczna i postawy a grupy ethosowe. In: Studia Sociologiczne, 1-2 (), S. 157-178.

*Uhl, Petr* 1998: Diskussionsbemerkungen. In: Doris Liebermann (Hg): Dissidenten, Präsidenten und Gemüsehändler. Tschechische und ostdeutsche Dissidenten 1968-1998. Essen, S. 255-256.

*Straz, Malgorzata* (Red.) 2006: Komitet Obywatelski przy Przewodniczącym NSZZ »Solidarność« Lechu Wałęsie. Stenogramy posiedzeń 1987-1989. Warszawa.

*Vajda, Mihály* 1991: Russischer Sozialismus in Mitteleuropa. Wien.

*WiP* 1989: Luty

*Tarrow, Sidney* 2005: The New Transnational Activism. New York.

*Templin, Wolfgang/Weißhuhn, Reinhard* 1991: Initiative Frieden und Menschenrechte. In: Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgohs (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen. Berlin, S.148-165.

*Touraine, Alain/Strzelecki, Jan et.al.* 1983: Solidarity. Oxford.

*Zirakzadeh, Cyrus Ernesto* 2008: Crossing Frontiers. Theoretical Innovations in the Study of Social Movements. In: International Political Science Review, 29, 5, S. 525-541.

*Zirakzadeh, Cyrus Ernesto* (ed) 2011: Social and Political Movements. Vol. II, Los Angeles.